

A1 Die rechte Welle brechen!

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand

Beschlussdatum: 02.05.2024

Tagesordnungspunkt: 7 Leitantrag

Antragstext

1 Wir leben in einer Zeit multipler Krisen.
2 Vom russischen Angriffskrieg gegen Russland über die anhaltende Revolution im
3 Iran, bis hin zum eskalierenden Nahostkonflikt erleben wir mehrere
4 internationale Krisen, die auch innerhalb Deutschlands Folgen haben. Weltweit
5 demonstrieren Menschen für ihre Rechte und gegen Krieg.
6 Unterdessen sehen wir, wie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus immer weiter
7 in die Gesellschaft vordringen - und das nicht nur in Deutschland - sondern
8 weltweit. Gerade die italienische Meloni-Regierung zeigt uns, dass rechte Kräfte
9 in Europa erstarken, sich von Europa trennen möchten und menschenfeindliche
10 Politik immer öfter akzeptiert und gefördert wird.
11
12 Dies trifft in Europa insbesondere Menschen mit Fluchterfahrung, denen es immer
13 schwerer gemacht wird, Asyl zu bekommen und die immer stärker von rassistischer
14 Gewalt betroffen sind. Gerade in letzter Zeit nehmen die Fälle rassistisch
15 motivierter Gewalt zu und es kommt zu Anschlägen, die vergleichbar sind mit den
16 rechtsextremen Angriffen in Rostock und Solingen in den 90er Jahren.
17 Hanau war von Anfang an kein Einzelfall und die mangelhafte Aufarbeitung und zu
18 schwachen Konsequenzen tragen, ebenso wie die immer lauter werdende Hetze gegen
19 Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung, dazu bei, dass die Hemmschwelle
20 solche Angriffe zu verüben sinkt.
21
22 Auch queere Menschen sehen sich weltweit mit einer immer größer werdenden
23 Bedrohung konfrontiert, sei es in den USA, wo Queerfeindlichkeit seit der
24 Amtszeit von Donald Trump auf einem Rekordhoch ist und in vielen Bundesstaaten
25 queerfeindliche Gesetze verabschiedet werden, in afrikanischen Ländern, wo
26 Homosexualität wieder unter die Todesstrafe gestellt wird, oder in
27 Großbritannien, wo transfeindliche Größen wie J.K. Rowling durch ihre
28 Einflussnahme und Finanzspritzen dafür sorgen, dass trans* Personen die
29 Möglichkeit verwehrt wird, ihren Namen und Personenstand einfach zu ändern.
30 Ähnliches erleben wir hier in Deutschland: Erst Ende April 2024 wurde das
31 Selbstbestimmungsgesetz verabschiedet, und das mit einigen Verzögerungen und
32 diskriminierenden Inhalten, obwohl queere Verbände mit vollem Herzblut
33 Lobbyarbeit für echte Selbstbestimmung betrieben haben. Wenn es nach der CDU und
34 der AfD ginge, dann wäre das Selbstbestimmungsgesetz gar nicht erst gekommen -
35 und das ist nur der Gipfel des Eisbergs.
36 Seit neuestem gibt es in Bayern ein Verbot gegen gendergerechte Sprache, auch
37 Hessen und andere Bundesländer können sich dieses vorstellen. An dieser Stelle
38 sind wir als Universitäten explizit betroffen.
39 Wir als Campusgrün sehen diesen Entwicklungen mit Entsetzen und stellen uns
40 entschlossen gegen rechte Kräfte, die die Freiheiten queerer Menschen und Allies
41 einschränken und queerfeministischen Aktivismus unter Strafe stellen wollen.
42
43 Die Gewalt, die Studierende erfahren, nimmt durch all diese Entwicklungen zu.
44 Die Universität ist kein luftleerer Raum. Wir tragen die Konsequenzen der
45 zunehmenden Radikalisierung der Gesellschaft und sehen uns mit neuen
46 Herausforderungen konfrontiert.
47 Die Hochschulpolitik bildet das Spannungsfeld zwischen den allgemeinpolitischen
48 Einstellungen jedes Menschen und der Ausgestaltung des Hochschullebens für die
49 Studierenden, aber auch für alle Beschäftigten. Dabei leben die Universitäten

50 von einem breiten Diskurs, der die Menschenrechte achtet und die Diversität
51 ihrer Mitglieder wahrt.

52 Wenn diese Diversität bedroht ist, dann ist das ein Angriff auf unsere
53 Demokratie.

54
55 Die Universitäten in Deutschland leben Vielfalt vor allem durch die Vernetzung
56 mit anderen Universitäten und Wissenschaftler*innen weltweit und durch Angebote
57 für internationale Studierende. Wir setzen uns nach wie vor gegen
58 Studiengebühren für internationale Studierende ein und stehen für eine
59 weltoffene, menschenachtende Kultur an unseren Hochschulen ein.

60
61 Als campusgrüne Hochschulgruppen treten wir dem Erstarken von repressiven,
62 rechten Akteuren klar entgegen und setzen unser hochschulpolitisches Engagement
63 ein, um diese rechte Welle zu brechen. Sowohl in unserem unmittelbaren
64 Handlungsraum "Hochschule" als auch in der gesamten Gesellschaft.

Begründung

Die Europawahl steht kurz bevor und wir sehen uns mehr denn je mit der Gefahr erstarkender rechter Kräfte konfrontiert. Wir als Campusgrün Bundesvorstand sehen uns in der Pflicht, uns gegen rechte Kräfte zu positionieren, sowohl an der Universität, als auch außerhalb.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich

A2 Sozialere Bedingungen für Auslandsaufenthalte

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand
Beschlussdatum: 02.05.2024
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Antragstext

1 Wir als Campusgrün-Bundesverband fordern sozialere Bedingungen für
2 Auslandsaufenthalte im Rahmen des Studiums!
3 Gerade in Fächern, in denen ein Auslandsaufenthalt verpflichtend ist, muss für
4 eine ausreichende finanzielle Absicherung für Studierende gesorgt werden, damit
5 diese überhaupt einen Auslandsaufenthalt antreten können.
6 Studierende zählen zu der Gruppe von Menschen, die mit am häufigsten von Armut
7 bedroht oder betroffen sind und können sich die Kosten, die mit einem
8 Auslandsaufenthalt zusammenhängen, oft nicht leisten.
9 Zwar gibt es die Möglichkeit, Auslands-BAföG zu beantragen und wenn man ein
10 Erasmus-Semester abloviert, erhält man ein Erasmus-Stipendium, allerdings sind
11 diese mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden und nicht jede*r hat
12 Anspruch auf Auslands-BAföG oder ein Erasmus-Stipendium. Der Zuschuss durch das
13 Erasmus-Stipendium reicht nichtmal für die Miete im Ausland und ist eher ein
14 Taschengeld als eine finanzielle Grundlage.
15 Das sorgt dafür, dass einige Studierende ihr Studium nicht in der
16 Regelstudienzeit abschließen können, z. B. weil sie arbeiten müssen, um ihren
17 Auslandsaufenthalt zu finanzieren, oder weil sie den Auslandsaufenthalt immer
18 weiter nach hinten schieben, um darauf zu sparen. Außerhalb der Regelstudienzeit
19 erhalten die Studierenden dann natürlich auch kein BAföG mehr, was dafür sorgt,
20 dass ein Auslandsaufenthalt oftmals mit noch höheren Hürden behaftet ist als
21 sowieso schon.
22 Bei den Studierenden sorgt dies für Stress und eine enorme psychische Belastung.
23 Gerade First Generation Studierende, also diejenigen, die als Erste aus ihrer
24 Familie ein Studium beginnen, erfahren deutlich zu wenig Unterstützung, wenn es
25 um Informationen zu Finanzierung und Bedingungen für Auslandsaufenthalte gibt.
26
27 Für viele Studierende bedeutet die Nicht-Durchführung eines Auslandsaufenthaltes
28 den Abbruch des Studiums oder einen Fachwechsel, der mitunter ebenfalls zum
29 Verlust des Anspruches auf BAFöG führen kann.
30
31 Wir fordern die Anhebung des Erasmus-Stipendiums in Abhängigkeit vom jeweiligen
32 Standort auf einen Betrag, der das Leben im Zielland ermöglicht, ohne dass
33 Studierende vor Ort eine Nebentätigkeit aufnehmen müssen, eine Reform der
34 Regelungen für das Auslands-BAföG, sodass mehr Studierende darauf zurückgreifen
35 können, auch wenn sie weniger als sechs Monate im Ausland sind und darüber
36 hinaus die Schaffung weiterer finanzieller Unterstützungsmöglichkeiten.
37 Außerdem sollen die Informationsmöglichkeiten über Auslandsaufenthalte
38 transparenter gemacht werden und es soll eine Härtefallregelung geschaffen
39 werden, die ermöglicht, dass Studierende ihren Abschluss auch ohne einen
40 Auslandsaufenthalt absolvieren können, wenn sie nicht die Möglichkeit haben,
41 einen Auslandsaufenthalt durchzuführen. Diese Härtefallregelung soll nicht nur
42 bei Studierenden greifen, die sich einen Auslandsaufenthalt nicht leisten können,
43 sondern auch bei Studierenden, die z. B. ein oder mehrere Kinder haben oder
44 Angehörige pflegen, die behindert oder chronisch krank sind, oder die aufgrund
45 ihrer Berufstätigkeit neben dem Studium nicht die Möglichkeit haben, einen
46 längeren Auslandsaufenthalt zu erleben.
47
48 Auch sollen die Auslandsaufenthalte flexibler gestaltet werden. So soll es
49 möglich sein, die Gesamtaufenthaltsdauer bei Auslandsaufenthalten, die kein

50 Studium im Ausland beinhalten, zu splitten. Gerade für berufstätige Studierende
51 oder Studierende mit Kind ergibt sich so die Möglichkeit, Auslandsaufenthalte in
52 die Urlaubs- oder Ferienzeit zu legen.

Begründung

Schon lange beobachten wir, dass die Bedürfnisse der Studierenden nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden. Sei es die fehlende Anpassung des BAFÖG-Satzes an die Lebensrealität der Studierenden, oder eben die mangelnde Flexibilität wenn es um Auslandsaufenthalte gibt. Wir finden die derzeitige Situation nicht mehr tragbar.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

A3 Awareness-Konzept

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand
Beschlussdatum: 02.09.2024
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Antragstext

Awareness-Konzept des Campusgrün Bundesverbandes

Wir möchten unsere Veranstaltungen für alle so angenehm wie möglich machen. Dafür halten wir hier einige Richtlinien und Handlungsleitlinien fest, nach denen alle Teilnehmenden auf Veranstaltungen handeln müssen. Dies schließt explizit auch die Menschen aus dem Bundesvorstand, aus dem Präsidium, dem Awarenesssteam und Gäst*innen mit ein. Dabei spielt es keine Rolle, welche Position die jeweiligen Personen haben. Jegliches Fehlverhalten wird vom Bundesvorstand geahndet. Wenn das Fehlverhalten vom Bundesverband selbst kommt, wird die Aufarbeitung und Ahndung durch eine separate Kommission übernommen, die sich aus Verbandsmitgliedern zusammensetzt, die in keiner Verbindung zum Bundesvorstand und den anderen betroffenen Personen stehen.

Für das Awarenesssteam wird im Vorfeld, spätestens aber am ersten Tag der Veranstaltung, eine Kompakt-Schulung angeboten. Es wird ein Awareness-Telefon zur Verfügung gestellt, über das das Awarenesssteam erreichbar ist und es wird mindestens ein Awarenessraum zur Verfügung gestellt, in den sich Personen zurück ziehen können.

Wir positionieren uns in unserem Grundsatzprogramm gegen jede Form der Diskriminierung und gegen jegliches unbegründetes Verhalten. Wir dulden weder rassistisches oder antisemitisches, noch queerfeindliches, ableistisches oder sonstwie diskriminierendes Verhalten. Insbesondere körperliche und sexuelle Übergriffe werden wir besonders hart ahnden.

Wir wünschen uns, dass Betroffene zu uns kommen und sich bei uns sicher fühlen. Für uns heißt das, dass wir den Betroffenen immer glauben und die entsprechenden Konsequenzen ziehen werden. Dabei beachten wir vordergründig die Bedürfnisse der geschädigten Personen.

Im Allgemeinen fordern wir alle Teilnehmer*innen und Gäst*innen unserer Veranstaltungen auf, sich respektvoll zu verhalten. Bevor ihr Menschen anfasst oder persönliche Fragen stellt, fragt nach Konsens. Die Körper anderer Personen werden keinesfalls kommentiert. Wenn Personen aufgrund ihrer Neurodivergenz oder aus anderen Gründen stimmen (also z.B. nicht ruhig auf dem Stuhl sitzen, sondern mit dem Fuß wippen,...) oder Tics haben, wird das nicht kommentiert.

Wenn ihr überreizt seid, euch ein Thema belastet oder ihr euch aus anderen Gründen zurückziehen wollt oder müsst, nutzt dafür gerne die Awarenessräume und gebt einer Person aus dem Awarenesssteam Bescheid. Im Awarenessraum werden wir euch Stimming Toys bereitstellen, auf die ihr zurückgreifen könnt.

Das Awarenesssteam hat die Aufgabe, sich bedarfsgerecht um die Menschen auf unseren Veranstaltungen zu kümmern, wenn Probleme auftreten. Je nach Schweregrad der Probleme und Möglichkeit zur Klärung durch das Awarenesssteam, muss dieses den Fall an den Bundesvorstand oder die Kommission weitergeben.

49 Im Nachgang der Veranstaltungen treffen sich das Awarenesssteam, die Mitglieder
50 der Kommission und der Bundesvorstand zur Nachbereitung der Veranstaltungen.

Begründung

Als Bundesverband sind wir in der Verantwortung, unsere Veranstaltungen diskriminierungssensibel zu gestalten. Dieses Konzept soll als Instrument zur Gewährleistung dessen dienen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

A4 Grundsatzprogramm

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand

Beschlussdatum: 02.05.2024

Tagesordnungspunkt: 9 Satzungs - und Ordnungsändernde Anträge

Antragstext

1 Wir kämpfen für eine bessere Gesellschaft

2
3 Als Campusgrün-Bundesverband blicken wir zurück auf über 20 Jahre Einsatz und
4 Aktivismus für grün-alternative Politik an den Hochschulen, Universitäten und
5 darüber hinaus!

6
7 In der Präambel unserer Satzung legen wir uns darauf fest, für die
8 Verwirklichung einer Gesellschaft einzutreten, "in der soziale Gerechtigkeit
9 herrscht, die Menschenrechte tatsächlich umgesetzt sind, in der niemand
10 diskriminiert wird". In unserem Grundsatzprogramm wollen wir nun skizzieren, wie
11 wir uns eine solidarische, feministische, ökologische, gewaltfreie und
12 emanzipatorische Hochschullandschaft vorstellen.
13 Die Stärke unserer lokalen Mitgliedsgruppen ist es, Probleme zu erkennen und
14 konkrete Ideen für die Verbesserung der Umwelt zu erarbeiten. Grüne
15 Hochschulgruppen leisten außerdem wichtige Bildungsarbeit, bilden Bündnisse und
16 prägen den feministischen, antifaschistischen und klimagerechten Diskurs.

17
18 Als grüne Studierende im Campusgrün-Bundesverband verstehen wir uns nicht nur
19 als studentischen Verband, sondern als politisches Subjekt. Zusammen haben wir
20 den Anspruch, die Gesellschaft von den Hochschulen aus, in Bündnissen oder mit
21 Kooperationspartner*innen zu gestalten, bestehende Strukturen zu hinterfragen
22 und Vorschläge für ein Gesellschaftssystem jenseits des Kapitalismus zu
23 erarbeiten.

24 Wir leben Demokratie! Von der kleinsten lokalen Ebene bis zum bundeweit
25 vernetzten Verband leben wir diese nicht nur vor; wir fordern sie jeden Tag aufs
26 Neue ein. Wir sehen in Hochschulen und Universitäten wichtige Bausteine für eine
27 freie und solidarische Gesellschaft. Deshalb müssen auch die Hochschulen und
28 Universitäten Freiheit und Solidarität vorleben.

29
30 Als Studierende sehen wir uns nicht als Konsument*innen eines
31 Ausbildungsprogramm für Kapital und Markt, sondern als Wissenschaftssubjekte,
32 die aktiv an Wissenschaft teilhaben, die Wissenschaft und den
33 Wissenschaftsbetrieb kritisieren, proaktiv verbessern und dabei einen
34 unabdingbar wichtigen Anteil leisten. Gerade als feministischer Verband arbeiten
35 wir an einer Neuorganisation der Hochschulstruktur und Hochschuldemokratie.

36
37 Partizipative Demokratie
38
39 Immer wieder ist die Hochschuldemokratie Spielball gesellschaftlicher Konflikte.
40 Im Nationalsozialismus wurden die jungen Studierendenschaften zur Speerspitze
41 des Faschismus und nahmen zahlreich an Bücherverbrennungen teil. Als Studierende
42 tragen wir die Verantwortung, dass sich so etwas nie wieder wiederholt.

43
44 In den 1968ern wurden Studierendenbewegungen zum zentralen Ort
45 gesellschaftlicher Debatte und Veränderung. An vielen Hochschulen wurde so
46 endlich echte Partizipation von Studierenden möglich. Die Gruppenuniversität, in
47 der wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Studierende zumindest ein Stück weit
48 einbezogen werden, ist ein Meilenstein im Kampf für eine demokratisierte
49 Gesellschaft. In vielen Bundesländern wurde dies nie vollständig verwirklicht,

50 so hat Bayern nach wie vor keine verfassten Studierendenschaften.

51

52 Mit steigendem Ökonomisierungsdruck steht die Hochschuldemokratie wieder
53 verstärkt auf dem Spiel. Hochschulräte gewinnen an Bedeutung gegenüber dem
54 akademischen Senat, Bologna nimmt den Studierenden die Möglichkeit die
55 theoretischen Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen, ohne ihr Studium zu
56 gefährden.

57 Daher fordern wir unter anderem, dass an jeder Hochschule alle Gruppen - von den
58 Studierenden über den Mittelbau und die Mitarbeitenden in Technik & Verwaltung
59 bis hin zur Ebene der Hochschullehrer*innen - in den Entscheidungsgremien an
60 jeder Hochschule paritätisch vertreten sind.

61 Doch unser Engagement endet nicht bei der Univeristät. Wir setzen uns auch über
62 die Grenzen der Universität hinaus für einen echten sozialen Wandel in der
63 Gesellschaft ein.

64

65 Wir betrachten die zunehmenden Eskalationen politischer Konflikte an Hochschulen
66 mit Sorge. Beim Umfang mit diesen Konflikten können allerdings neue repressivere
67 Hochschulgesetze keine Antwort sein. Hochschulen müssen ein Ort demokratisch
68 vielfältiger Debatten bleiben.

69

70

71 Ein zentrales Anliegen von uns ist, dass es flächendeckend verfasste
72 Studierendenschaften gibt, in denen Studierende eigenständig und demokratisch
73 über ihre Anliegen entscheiden. Dazu braucht es studentische Landes- und
74 Bundesverbände. Der freie Zusammenschluss von Student*innenschaften (fzs e.V.)
75 spielt als Kooperationspartner*in und als bundesweiter Verband eine unabdingbare
76 Rolle. Um unsere Interessen vertreten zu können, stehen wir dafür ein, dass
77 Studierendenschaften ihr politisches Mandat aktiv ausüben können.

78

79 Ökologische Gerechtigkeit

80

81 Aufbruch aus der vorherrschenden kapitalistischen Verwertungslogik – hinein in
82 den nachhaltig klimagerechten und gemeinwohlorientierten Hochschulraum!

83

84 Angesichts der notwendigen sozial-ökologischen Transformation baut ökologische
85 Gerechtigkeit darauf auf, den Menschen als Bestandteil der Natur und nicht als
86 losgelöst von dieser aufzufassen. Diese wechselseitige Beziehung gilt es
87 grundlegend ökologisch gerechter und im Einklang mit anderen Lebensformen zu
88 gestalten. Das muss im Konflikt mit dem Kapital durchgesetzt werden, denn dieses
89 reduziert die Natur seit jeher zu einer ausbeutbaren Ressource und führt zur
90 Zerstörung unseres Planeten. Gegen diese Zerstörung müssen wir die Erde und die
91 Natur endlich schützen. Ökologische Gerechtigkeit schafft Bedingungen für eine
92 ökologische Entwicklung und Erhaltung aller Spezies, für Mindeststandards einer
93 gesunden, lebenswerten Mitwelt.

94 Campusgrün als Zusammenschluss zahlreicher grün-alternativer Hochschullisten
95 erkennt die Notwendigkeit von Veränderungen in ihrer Dringlichkeit an und sieht
96 sich als einen Bestandteil von vielen Akteur*innen der Nachhaltigkeits-,
97 Biodiversitäts- und Klimagerechtigkeitsbewegung. Dabei wollen wir sowohl die
98 Hochschulen als auch die Studierendenwerke mit priorisiertem Nachdruck für die
99 Gegenwart und Zukunft sozial- und umweltverträglich aufstellen. Wir stellen uns
100 der Verantwortung, die Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten. Die radikal-

101 ökologischen Positionen in den Studierendenschaften und den grün-alternativen
102 Hochschulgruppen sollen umgesetzt und von dort aus in den Diskurs getragen
103 werden. Außerdem kämpfen wir für eine von der breiten Gesellschaft getragene,
104 ökologische und sozial gerechte Ökonomie die frei von Ausbeutungsverhältnissen,
105 undemokratischen Machtverhältnissen und Ausgrenzung ist und das Zusammenleben in
106 einer solidarischen Gemeinschaft ermöglicht.

107 Der Aufbruch aus dem kurzsichtigen, Gewinn orientierten, Ungleichheit
108 schaffenden und Ressourcen verbrennenden Zeitalter des Kapitals muss in den
109 Arbeitsstrukturen, den landes- und bundespolitischen Programmatiken der
110 Studierendenschaften sowie in den Vorlesungssälen, der Forschung und den
111 Verwaltungen der Hochschullandschaft stattfinden.
112 Deshalb positionieren wir uns für nachhaltig ausgestaltete und ökologisch
113 ausfinanzierte Hochschulen und Studierendenwerke. Diese müssen in der
114 Infrastruktur, vor allem in den Liegenschaften, dem Fuhr- und
115 Forschungsinstrumentenpark sozial gerecht und klimaneutral betrieben werden. Der
116 motorisierte Individualverkehr soll durch einen flächendeckenden, kostenfreien
117 ÖPNV, Sharing-Konzepte und einen Ausbau der Radinfrastruktur ersetzt werden. Das
118 Ernährungsangebot sollte regional, saisonal und fair hergestellt sein und
119 genügend Möglichkeiten für eine vegane oder vegetarische Ernährung bieten.

120
121 Die Energie- und Verkehrswende muss partizipativ für alle sein und transparent
122 dokumentiert werden. Dem Mangel an problembewussten Verhalten soll durch die
123 Förderung pazifistischer, kapitalismuskritischer und tierversuchsfreier
124 Forschung und dem Aufzeigen von Alternativen in interdisziplinärer Lehre in
125 allen Studiengängen entgegengewirkt werden.

126
127 Zu unserer Vision gehört die offene Bildung für eine klimagerechte Zukunft. Hier
128 muss insbesondere ein kritischer Fokus gelegt werden auf Scheinlösungen durch
129 technischen Fortschritt, das Propagieren einer sogenannten green economy und
130 Entwicklungsdiskurse, bei denen bestehende Abhängigkeitsverhältnisse verstetigt
131 und neue Abhängigkeitsverhältnisse etabliert werden. Die gesellschaftliche
132 Vermittlung wird basisdemokratisch organisiert, dabei werden alle
133 hochschulpolitischen Institutionen zur Einhaltung und Umsetzung verpflichtet.
134 Die Wirtschaftsdemokratisierung wird wissenschaftlich vorbereitet und gegen
135 Konzerninteressen eingefordert. Der motorisierte Individualverkehr wird ersetzt
136 durch einen flächendeckenden, kostenfreien ÖPNV und einen Ausbau der
137 Radinfrastruktur, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen.

138
139 Solidarität und Bildung ohne ökonomische Zwänge
140 Inklusiv, sozial und antikapitalistisch:

141
142 Campusgrün stellt sich konsequent gegen die Ausbeutung und Ausgrenzung von
143 Studierenden. Wir widersprechen dem marktorientierten Wettbewerb an Hochschulen,
144 der in Kombination mit einer chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems,
145 soziale und ökonomische Ungleichheiten zwischen Menschen und Regionen verstärkt.
146 Gute Studienbedingungen sollen, abseits der kapitalistischen
147 Herrschaftshierarchien, den Menschen in seiner jeweiligen Lebenssituation
148 strukturell unterstützen und stärken - auch für das Leben nach dem Studium.
149 Hochschulbildung darf keine knappe Ware für ökonomisch und familiär
150 privilegierte sein und muss allen barrierefrei, mindestens aber barrierearm
151 zugänglich sein. Für ein inklusives Zusammenleben müssen die strukturellen

152 Bedingungen gesichert sein.

153 Deshalb fordern wir:

154 Der Hochschulraum muss der Digitalisierung weiterhin die Türen offen halten. So
155 wie während der Corona-Pandemie auch, muss die Möglichkeit bestehen, digital an
156 Universitätsveranstaltungen - sei es an der Lehre oder an Gremienarbeit -
157 teilnehmen zu können und entsprechende technische Voraussetzungen geschaffen
158 werden, sodass bedarfsgerechte Studienkapazitäten für alle und über die
159 Regelstudienzeit hinaus bereitgestellt werden können, um den individuellen
160 Leistungsdruck aufzulösen, welcher der solidarischen Kooperation untereinander
161 oftmals im Weg steht.

162 Daraus leiten wir weiterhin unsere Ablehnung jeglicher Studiengebühren ab. Auch
163 die Forderung nach einem elternunabhängigen, an den Wohnort angepassten,
164 dynamisch und ausreichend finanzierten Vollzuschuss für alle Studierenden, der
165 nicht zurückgezahlt werden muss und über die Regelstudienzeit hinaus geht leiten
166 wir daraus ab. Für alle Beschäftigten an den Hochschulen fordern wir gerechte
167 Arbeitsbedingungen. Für Studierende bedeutet das vor allem ein tariflich
168 abgesicherter (Stunden-)Lohn, der die Studienfinanzierung ergänzen sollte oder
169 andere Möglichkeiten der Studienfinanzierung gänzlich ersetzen könnte. Auch
170 internationale Studierende sollten in Deutschland während des Studiums
171 berufstätig sein dürfen.

172

173 Antifaschismus

174 Der rasante Anstieg von Antisemitismus, nicht zuletzt seit dem 7. Oktober 2023,
175 sowie die weiterhin bestehende Verleugnung und Verharmlosung des Holocaust,
176 ermahnen uns, dass "Nie wieder" nicht bloß eine leere Phrase bleiben darf,
177 sondern dass auch Taten auf diese Worte folgen müssen. Wir stellen uns deshalb
178 solidarisch an die Seite aller Menschen, die von Antisemitismus betroffen sind.
179 Gleichzeitig stellen wir uns an die Seite der palästinensischen
180 Zivilbevölkerung, die nicht nur unter dem Terror der Hamas, sondern auch unter
181 den gezielten Angriffen Netanyahus auf den Gazastreifen leiden.
182 Palästinenser*innen und Menschen muslimischen Glaubens sehen sich mit steigendem
183 antimuslimischen Rassismus konfrontiert. Wir stellen uns klar gegen jeden
184 Antisemitismus und jeden Rassismus.

185 Nicht erst seit der Correctiv Recherche zur AfD, die im Januar 2024 erschienen
186 ist, sind wir uns der wachsenden Gefahr durch die AfD bewusst. Schon zu ihrer
187 Gründung vor 11 Jahren machte die AfD deutlich, dass sie Anti-EU eingestellt
188 ist, und seitdem fällt sie zunehmend durch Menschenfeindlichkeit,
189 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf. Und auch, dass die AfD an
190 Anhängerschaft gewinnt, obwohl sie immer radikaler wird, ist nichts Neues für
191 uns. Nicht zuletzt die populistische Hetze der AfD gegen die Regierung, ob
192 während der Corona Pandemie oder gegen sämtliche Vorhaben der Ampel-Regierung,
193 findet Zuspruch in vielen Teilen der Gesellschaft. Gerade die Corona-Pandemie
194 hat erneut zu einem Erstarken der AfD geführt, denn die wissenschaftsfeindlichen
195 Postulationen der AfD, die sich mit den Einstellungen der Querdenken-Bewegung
196 stark gedeckt haben, haben es möglich gemacht, dass auch die anderen Ansichten
197 der AfD bis in die Mitte der Gesellschaft vordringen konnten und dort ohne sie
198 groß zu hinterfragen angenommen wurden. Die Notwendigkeit einer Brandmauer gegen
199 die AfD besteht nicht erst seit gestern, doch stellen wir immer häufiger fest,
200 dass andere konservative Parteien, allen voran die CDU, ihre Probleme haben mit
201 der Abgrenzung von der AfD. So ist die geschlossene Einheit von AfD und CDU gegen
202 geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, die sich zuletzt im Genderverbot in

203 Bayern äußerte, ein Paradebeispiel dafür, dass unsere so hochgehaltene
204 Brandmauer schwächelt. Unser Ideal einer Hochschule und Gesellschaft ohne
205 Diskriminierung: In der Hochschule, der hochschulpolitischen Organisation und der
206 gesamten Gesellschaft darf kein Platz für Faschist*innen, Rassist*innen und
207 Antisemit*innen sein. Um solchen Kräften den Raum zu nehmen, müssen Hochschule
208 und Studium nach dem Grundsatz der Gleichheit organisiert werden.
209 Damit dieser Grundsatz gelebt werden kann, bedarf es aber struktureller
210 Änderungen. Ganz grundlegend gehört dazu die finanzielle Absicherung
211 Studierender durch flächendeckendes und elternunabhängiges BAföG und Wohngeld,
212 die über der Armutsgrenze liegen und tatsächlich finanzielle Sicherheit
213 schaffen. Außerdem müssen die Hochschulen für eine Lehre einstehen, die sich an
214 den Grundsätzen der Gleichheit orientiert und frei von jeglicher Form der
215 Diskriminierung ist. Studentenverbindungen und insbesondere Burschenschaften
216 dürfen kein Platz an Universitäten haben und so weder in die Matrikel
217 aufgenommen noch als Hochschulgruppen anerkannt werden.
218 Das Hinnehmen von Ungleichheiten, ohne dagegen vorzugehen, bedeutet für uns, das
219 Fortbestehen ebendieser zu gewährleisten. Deshalb setzten wir uns auch über die
220 Hochschule hinaus gegen jede Art der Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung
221 ein.

222

223 Die Rolle von Hochschulen und Forschung:
224 Wissenschaft muss analysieren, wie rechte Einstellungen immer wieder in
225 hegemoniale Positionen kommen. Hierfür muss der Grundsatz gelten: Wissenschaft
226 ist sehr oft politisch, ob sie es will oder nicht. Ihre Wahrnehmung und
227 Vermittlung können kein Abbild einer bewusstseinsunabhängigen Realität, eines
228 objektiven Ursprungs abliefern. Gesteht man sich das ein, muss das „objektiv
229 Normale“ durch historische Sozialisation und Materialität konstruiert und
230 definiert werden.

231

232 Lehre muss in diesem Kontext so organisiert werden, dass die Beschäftigung mit
233 Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Standard in der
234 Ausbildung ist. Gerade die Tatsache, dass Hochschulen nicht nur in ihrem eigenen
235 Wirkungskreis tätig sind, sondern als Triebfeder für gesellschaftlich
236 progressive Entwicklungen die Gesellschaft verändern können, unterstreicht die
237 Wichtigkeit dieser Forderung. Dazu gehören
238 auch ein verstärkter Fokus auf Demokratiebildung und das Aufzeigen und
239 Entkräften rechter und faschistischer Argumentationsstrukturen.

240

241 Campusgrün unterstützt also den Grundsatz, dass die Aufgabe von
242 antifaschistischer Wissenschaft demnach sein muss, „sich mit ihrer Vergangenheit
243 auseinanderzusetzen und danach zu fragen, wie Gesellschaft und Individuen
244 verfasst sein müssen, um ein Wiedererstarken des Faschismus zu verhindern“* Wir
245 setzen uns dafür ein, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte
246 gesellschaftlicher und studentischer Bewegungen in umfassender Form gefördert
247 wird, aus der wir Schlüsse für unsere aktuelle politische Praxis ziehen können.
248 Dabei sollten die Hochschulen offen vorgehen und sich in der Öffentlichkeit klar
249 von denjenigen distanzieren, die Forschung und Lehre offen zu diskreditieren
250 versuchen.

251

252 *(Christ/Suderland 2014: Soziologie und Nationalsozialismus: Suhrkamp).

253

254 Internationalismus

255

256 Wir alle leben auf dem selben Planeten und dabei sollte es keinen Unterschied
257 machen, auf welchem Erdteil wir geboren sind. In Zeiten wachsender globaler
258 Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Globalisierung, internationaler
259 Kooperationen und Konflikte, Interdependenzen sowie einer zunehmenden globalen
260 Öffentlichkeit müssen wir die Scheuklappen der nationalen Grenzen hinter uns
261 lassen und uns als eine Weltgesellschaft verstehen, die gemeinsam und
262 solidarisch diese Herausforderungen angeht. So anspruchsvoll die Veränderungen
263 einer sich globalisierenden Welt für einige auch sein mögen, das Erstarken von
264 Isolation und Nationalismus löst die Probleme nicht, sondern lässt diese nur
265 noch größer werden. Stattdessen sollten wir die Vielfalt und Vernetzung als
266 Chance sehen, eine faire, freie und fortschrittliche Weltgesellschaft zu fördern.

267

268 Eine global vernetzte akademische Gemeinschaft ist für viele Beteiligte jetzt
269 schon eine Selbstverständlichkeit und als Studierende profitieren wir von dieser
270 Offenheit und gestalten sie aktiv mit. Wissenschaft und ein solidarisches
271 Studium müssen dazu beitragen, Grenzen und Vorurteile abzubauen. So muss sich in
272 Seminaren mit verschiedenen Demokratiekonzepten auseinandergesetzt werden und
273 sich mit verschiedenen Konzepten der Konfliktvorbeugung beschäftigt werden. Die
274 Antwort auf Konkurrenz und Krieg kann nur eine globale sein und somit ist
275 globale Bildungsarbeit nichts anderes als eine weitere Form der Friedensarbeit:
276 Mit Waffen führt man Kriege, mit Theorie und Praxis beendet man sie! Als
277 CampusGrün setzen wir uns deshalb für die Verankerung einer Zivilklausel in
278 sämtlichen Universitätsleitbildern und Hochschulgesetzen ein.
279 Dabei ist uns nur zu sehr bewusst, dass eine globale Gesellschaft nicht bedeuten
280 darf, ein europäisch-nordamerikanisches Gesellschaftsmodell auf die gesamte Welt
281 auszuweiten.

282 Allen Menschen soll die Mitgestaltung der Gesellschaft möglich sein. Das heißt,
283 Menschen des globalen Südens, marginalisierte Gruppen und die ökonomisch
284 Benachteiligten in alle Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Internationale
285 Zusammenarbeit heißt, immer solidarisch zu sein!

286

287 Als Campusgrüne wollen wir bei allen unseren Entscheidungen die globale
288 Bedeutung mitdenken. Wir versuchen unsere theoretischen Überlegungen und den
289 daraus resultierenden Aktivismus zu internationalisieren. Doch auch vor Ort
290 versuchen wir, dafür die Hürden für Beteiligung abzubauen, diskutieren
291 Perspektiven und Ideen gemeinsam und basisdemokratisch und versuchen Räume zu
292 schaffen, damit sich Studierende eine Stimme geben können, egal welche Sprache
293 sie sprechen. Wir widersetzen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit und
294 treten ausschließenden Ideologien mit aller Kraft entgegen. Wir engagieren uns
295 für Projekte im Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und
296 Anti-Kriegsarbeit, der (Post-)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität
297 mit unterdrückten, verfolgten und ausgebeuteten Menschen.

298

299 Feminismus und Gender

300 Gemeinsam kämpfen wir immer und überall gegen das Patriarchat!

301

302 Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und
303 agender Personen (FLINTA* Personen) sind diejenigen, die am meisten vom
304 Patriarchat betroffen sind, mehr noch dann, wenn sie mehrfachmarginalisiert

305 sind.
306 FLINTA* Personen sind am stärksten von der Klimakrise betroffen, insbesondere
307 diejenigen aus dem Globalen Süden. Vor allem weiblich sozialisierte FLINTA*
308 Personen übernehmen den Großteil der Care-Arbeit. Dies geschieht auch deshalb,
309 weil die Gesellschaft den Anspruch an Frauen und somit an alle weiblich
310 sozialisierten Menschen stellt, sich um den Haushalt zu kümmern, unabhängig von
311 ihrer Arbeitszeit und selbstverständlich auch unentlohnt. Zu Care-Arbeit zählt
312 außerdem emotionale Kompetenz. In der Arbeitswelt sind FLINTA* Personen nach wie
313 vor benachteiligt gegenüber endo-cisgeschlechtlichen Männern - auch aufgrund der
314 Care-Arbeit. Insbesondere queere Menschen erfahren häufig Diskriminierung am
315 Arbeitsplatz, ob nun offene Homo- oder Transfeindlichkeit oder schlichtweg das
316 Fehlen geschlechtsneutraler Toiletten, die insbesondere Intergeschlechtliche
317 oder Nichtbinäre nutzen könnten. Darüber hinaus ist auch die Berufswelt behaftet
318 von Geschlechterstereotypen. Diese zeigen sich sowohl in den Berufsbildern und
319 ihrer geschlechtsspezifischen Zuordnung, als auch in der ungleichen Bezahlung und
320 Wertschätzung von Berufen, aber auch an der unterschiedlichen Behandlung
321 innerhalb des gleichen Berufsfeldes je nach Geschlecht. Die Gefahr von
322 Diskriminierung und Gewalt droht auch an der Universität. Dies äußert sich nicht
323 nur durch explizite Gewalt und Übergriffe, die vor allem aufgrund von
324 Besitzansprüchen an als weiblich interpretierten Körpern und rape culture
325 existieren, sondern auch durch unsichtbare Diskriminierung, wie beispielsweise
326 am Arbeitsplatz.
327 Der Schutz vor Übergriffen an der Universität ist oft nicht ausreichend gegeben
328 und die Aufarbeitung von Übergriffen - sei es durch Machtmissbrauch oder durch
329 mangelnde Sensibilität oder fehlende Stellen - gestaltet sich schwierig.
330 Insgesamt steigt die Zahl sexistischer und queerfeindlicher Übergriffe massiv an
331 und auch die Zahl der Femizide wird von Jahr zu Jahr höher. Aus diesem Grund
332 stehen wir nach wie vor solidarisch hinter der #MeToo-Bewegung und sämtlichen
333 Opfern sexualisierter, misogynen und queerfeindlicher Gewalt und
334 Diskriminierung.
335 Man sieht also: Die Prekarität von FLINTA* Personen steigt massiv an und wirkt
336 sich ebenfalls auf die Bildungslandschaft und die Universität aus.
337 Doch es sind nicht nur FLINTA* Personen von der Unterdrückung durch das
338 Patriarchat betroffen. Endo-cisgeschlechtliche Männer werden durch das
339 Patriarchat in die Rolle des starken, unemotionalen Mannes gezwungen und sehen
340 sich tagtäglich mit toxischer Maskulinität konfrontiert. Dies hat insbesondere
341 Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der endocisgeschlechtlichen Männer,
342 da ihnen von kleinauf beigebracht wird, dass sie keine Gefühle oder Emotionen
343 zeigen und bloß nicht als schwach wirken dürfen und sie somit bei
344 gesundheitlichen Beschwerden häufig keine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.
345 Von toxischer Männlichkeit sind aber auch trans* Männer, inter* Männer,
346 nichtbinäre Menschen, die als männlich interpretiert werden, schwule oder
347 bisexuelle Männer und Männer, die sich eher "feminin" präsentieren, betroffen,
348 insbesondere dadurch, dass sie sich mit den entsprechenden Rollenerwartungen,
349 die an männliche Personen gestellt werden, konfrontiert sehen, und wenn sie
350 diese nicht erfüllen, Gewalt und Diskriminierung erfahren.
351 Was wir also sehen, ist dass Diskriminierung stets mit Weiblichkeit und/ oder
352 der Abweichung von einer Norm zusammenhängt. Dem zugrunde liegt ein
353 biologistisches, binäres und auf Stereotypen basierendes Verständnis von
354 Geschlecht, dem wir entschieden widersprechen.

355

356 Verantwortungsvolle Wissenschaftspraxis

357 Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft

358

359 Wissenschaft soll für gesellschaftliche Emanzipation und das gute Leben für alle
360 sorgen, kritisch und frei sein und gleichzeitig im Dienst der Gesellschaft
361 stehen. Dafür muss sie staatlichen wie wirtschaftlichen Einflüssen Widerstand
362 leisten um das Vertrauen der Gesellschaft zurückzugewinnen.

363

364 Die zunehmende Wettbewerbsorientierung der Forschung anstelle von Management-
365 ähnlichen Strukturen, die zum Abbau demokratischer Selbstverwaltung führen,
366 sowie eine Verstetigung von Zugangshürden statt einer inklusiven Öffnung des
367 Bildungssystem, führt in der Gesellschaft zum Gefühl des Käuflichen, und
368 diskreditiert die Gesamtheit der Wissenschaft.

369

370 Wir erkennen an, dass wissenschaftliche Auseinandersetzung immer zugleich
371 Produkt und Produzent*in gesellschaftlicher Diskurse und Kämpfe ist. Themen aus
372 dem öffentlichen Diskurs "diffundieren" ständig in die wissenschaftliche Sphäre
373 und umgekehrt. Aufgrund dieser gesellschaftlich geprägten Heterogenität muss das
374 Streiten in der Universität der Grundsatz jeder Disziplin werden.

375

376 Gegen die Geschichtsvergessenheit und versuchte Neutralisierung muss die
377 Wissenschaft danach fragen, wie es zum Auftreten gesellschaftlicher
378 Herausforderungen kommt, welche Auswirkungen sie haben und wie sie bewältigt
379 werden können. Dabei definieren rechte, diskriminierende Positionen endgültig
380 die Grenzen der wissenschaftlichen Lehrbefugnis. Sie mögen legal sein Sie mögen
381 legal sein - aber in Hinblick auf eine solidarische Gesellschaft auf gar keinen
382 Fall legitim! Aktuelle Herausforderungen wie die Klimakrise, Pandemien, der
383 russische Angriffskrieg in der Ukraine, der immer weiter eskalierende Konflikt
384 im Nahen Osten, Exklusionsmechanismen, Veränderungen der Arbeitswelt sowie
385 soziale Spaltungen benötigen eine demokratische und reflektierte Wissenschaft,
386 die sich den Normen einer demokratischen pluralen Gesellschaft sowie dem
387 Gemeinwohl verpflichtet.

388

389 Die demokratische Pluralität muss sich in der demokratischen Mitbestimmung auf
390 Hochschulebene niederschlagen. Die resultierenden politischen Diskurse sind
391 ebenso notwendig wie die Autonomie von Hochschulen gegenüber übergeordneten
392 politischen Organen. Es genügt jedoch nicht nur, wenn Wissenschaftsfreiheit
393 gesetzlich garantiert ist, sie kann nur existieren, wenn Forschende auch die
394 finanziellen Mittel und die Zeit besitzen, sich mit ihrer Disziplin
395 auseinanderzusetzen. Dazu braucht es eine ausreichende und verlässliche
396 Grundfinanzierung der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sowie nicht-
397 prekäre und allseitig inklusive Beschäftigungsverhältnisse.
398 Wettbewerb um die Vergabe von Geldern kann und darf eine ausreichende
399 Grundfinanzierung nicht ersetzen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass
400 Wissenschaft und Gesellschaft in einem ständigen Dialog miteinander stehen. Es
401 müssen gesellschaftliche Diskussionen über die Folgen von Technologien und neuen
402 wissenschaftlichen Erkenntnissen hinsichtlich ihrer ethischen und ökologischen
403 Konsequenzen stattfinden. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen in allgemein
404 verständliche Sprache übersetzt und in die Gesellschaft hineingetragen werden
405 sowie für jede*n frei zugänglich sein.

406

407 Wir stellen uns gegen ein Verständnis von Transfer, das die Third Mission allein
408 auf den Technologietransfer und die (privat-) wirtschaftliche Ausnutzung der
409 Erkenntnisse in Form des Gründens von Start Ups vorsieht. Für die regionale
410 Akzeptanz von Hochschulen ist mehr als das Schaffen von Arbeitsplätzen und
411 isoliertem Wissenschaftsbetrieb notwendig. Eine Verankerung wird nur erreicht
412 mit offenen Begegnungsräumen, einem engen Kontakt mit den Menschen vor Ort und
413 dem beschäftigen mit in der Region vorliegenden Problemlagen.
414 Als Campusgrüne kämpfen wir für eine friedliche Welt; an der Hochschule und
415 darüber hinaus, mit friedlichen Mitteln und gewaltfreier Aktion. Wir glauben,
416 dass vor allem die Wissenschaft in der Pflicht steht, Wege friedlicher
417 Konfliktlösung und Möglichkeiten des gewaltfreien Zusammenlebens aufzuzeigen.
418 Aus diesem Grund lehnen wir jegliche militärische Forschung oder kriegerische
419 Nutzung von Forschung ab und fordern eine strenge Zivilklausel für alle
420 staatlichen Hochschulen. Wissenschaftsbereiche wie Friedensforschung und
421 Konfliktprävention sollen stärker gefördert werden.
422 Hochschulen sollen auch jenseits ihrer Forschung ein gewaltfreier Ort sein;
423 Übergriffe jeglicher Art müssen restlos aufgeklärt und geahndet werden und das
424 gesellschaftliche Klima sollte so gestaltet sein, dass sich alle Beteiligten
425 sicher und wohl fühlen können. In unserer Vorstellung sind Hochschulen Orte der
426 Verantwortung füreinander, anstelle von Orten der militärischen Verantwortung,
427 welche die Profitsteigerung der Industrienationen zum Ziel hat. Wissenschaft und
428 Forschung bedeutet, dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein und gesellschaftliche
429 Verantwortung zu übernehmen; wider den Profitinteressen!

Begründung

Unser altes Grundsatzprogramm ist von 2020. Seitdem hat sich sowohl (hochschul-)politisch, als auch gesamtgesellschaftlich einiges getan. Wir leben nach wie vor in einer Zeit multipler Krisen, die wir in unserem Grundsatzprogramm thematisieren wollten. Darüber hinaus wurden einige Änderungen vorgenommen, die eher redaktioneller Natur waren.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich